

Europas Vielfalt – sein Reichtum, seine Bürde

EU-in-BRIEF | Ausgabe 02-2015

Von Christian Moos

Wir müssen uns endlich ehrlich machen und das Verhältnis von Einheit und Vielfalt in der Europäischen Union neu definieren, fordert Christian Moos, Generalsekretär der Europa-Union Deutschland. Die Eurokrise belegt eindrucksvoll, dass wirtschaftspolitische Vielfalt der Mitgliedstaaten nicht mehr weit trägt. Mehr europäische Solidarität und der Ausbau der Gemeinschaftspolitiken sind nötig, um die Legitimität des „Staatenverbundes“ EU zu erhalten und neue Handlungsmöglichkeiten zu erschließen. EU-in-BRIEF dokumentiert Moos' Vortrag vor Europa-Union Kreisverbänden im Februar 2015.

E pluribus unum. Out of many, one. Zu Deutsch „aus vielen eines“. Diese Worte stehen auf dem Siegel der Vereinigten Staaten von Amerika. E pluribus unum. Dieser Wappenspruch von 1782 war zugleich das amerikanische Motto, das später, in den 1950er Jahren durch „In God we trust“ ersetzt wurde. Es bezog sich auf die 13 Kolonien, die 1776 ihre Unabhängigkeit von Großbritannien erklärt hatten.

United in diversity, „in Vielfalt geeint“, so lautet seit dem Jahr 2000 das Motto der Europäischen Union. Das ist gewiss eine etwas andere Akzentsetzung als im amerikanischen Wappenspruch „aus vielen eines“. Staatenbund oder Bundesstaat, so lautete damals für die nordamerikanischen Einwanderer die Alternative. Die Föderalisten, die „federalists“, setzten sich durch, und es entstanden die Vereinigten Staaten von Amerika. Staatenbund oder Bundesstaat – Europa ist weder das eine noch das andere. Europa ist ein Hybrid, und es stellt sich die

Frage, ob das von Dauer sein kann. Der Europäischen Union ist etwas Unentschiedenes, Unvollendetes zu Eigen. Einheit und Vielfalt stehen in einem unaufgelösten Spannungsverhältnis zueinander. „United in diversity“ geht so lange gut, wie das Verbindende dieser Vielfalt nicht durch Zentrifugalkräfte auseinandergerissen wird. Aber genau das droht der EU.

Einheit und Vielfalt stehen in einem unaufgelösten Spannungsverhältnis

Gilt denn überhaupt noch „United in diversity“, „in Vielfalt vereint“, oder müsste es nicht längst heißen: „United we stand, divided we fall“? Vereinigt stehen wir, zerstritten fallen wir.

Europas Vielfalt, das war lange Zeit ein uneingeschränkt positiv konnotierter Begriff.

Ich würde ja gerne weiterhin positiv über Europas Vielfalt sprechen. Aber das kann ich nicht mehr. Jedenfalls nicht so wie bisher. Ich will kritisch über Europas Vielfalt sprechen und – Mut machende – Wege aufzeigen, wie wir zu mehr Einheit kommen können, wobei Einheit nicht mit Einheitlichkeit zu verwechseln ist.

Wir sehen heute, dass ein Übermaß an Vielfalt Sprengkraft bedeutet. Europas Vielfalt, kulturell und geografisch, ist sein Reichtum. Gewiss. Europas Vielfalt ist aber auch seine Bürde.

Europas Vielfalt, sind das nicht auch seine Nationen und damit zwangsläufig auch seine Nationalismen, seine Chauvinismen? Sollte die europäische Integration die nationalstaatliche Vielfalt, wenn auch nicht auflösen, so doch zumindest überlagern und damit ihr zerstörerisches Potential neutralisieren? War das nicht der Beweggrund für das Hertensteiner Programm der Europa-Union von 1946¹? Eine Föderation zu schaffen, in der die europäischen Völker friedlich miteinander leben, Streit untereinander im Rahmen von gemeinsamen Institutionen schlichten und eine gemeinsame, die Nation letztlich transzendierende europäische Identität zu begründen? War das nicht die Lehre, die unsere Gründungsmütter und -väter aus der Zerstörung Europas zogen? Einer Zerstörung, die im Grunde bereits im Großen Krieg von 1914 geschehen war und die sich nach einer kurzen Erschöpfungsphase mit noch größerer und schrecklicherer Wucht im Zeichen einer wahnhaften Ideologisierung und pathologischen Rationalität in unvorstellbaren Gewaltexzessen entladen sollte? Die Schrecken der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Das alles schien in Europa überwunden: Schuman, Montanunion, Rom.

Der Krieg kehrte zwar in den 1990er Jahren auf dem Westbalkan zurück nach Europa. Das war aber beinahe noch eine Bestätigung

der friedensstiftenden Wirkmächtigkeit der europäischen Integration, an der das zerfallene Jugoslawien ja keinen Anteil hatte. Mit scheiternder Vielfalt freilich haben aber auch die Balkankriege des späten 20. Jahrhunderts zu tun. Wenn Ordnungen sich auflösen oder aggressiv in Frage gestellt werden, dann ist der Krieg nicht fern.

Wie steht es heute um die europäische Ordnung?

Wie steht es um die europäische Ordnung? Wie steht es um die internationale Ordnung, in die sie eingebettet ist? Wenn Europa sich in seiner Vielfalt verliert, kann es keine Ordnungsmacht sein. Wollte die europäische Idee nicht eine neue Ordnung schaffen und durch diese Frieden stiften?

E pluribus unum. Hatte es nicht in der Berliner Erklärung von 2007² geheißen: Wir sind zu unserem Glück vereint? Einheit und Vielfalt. Europas Vielfalt ist eine Bürde, wenn die hochkomplexe Struktur, die die EU darstellt, von außen herausgefordert und von innen in Frage gestellt wird. Und sie wird heute mehrfach herausgefordert und auch in Frage gestellt. E pluribus unum. Kann dieses Wort auch für die EU gelten?

Die Europäische Union ist ein Phänomen sui generis, eigener Art. Sie oszilliert zwischen Staatenbund und Bundesstaat, sie ist weder das eine noch das andere. Schon allein deshalb ist sie anders als die Vereinigten Staaten von Amerika.

Die Europa-Union setzt sich für die Weiterentwicklung der Europäischen Union in einen europäischen Bundesstaat ein. Ein Bundesstaat setzt aber ein Mindestmaß an Kohärenz

² Vgl.

http://de.wikipedia.org/wiki/Berliner_Erkl%C3%A4rung_%2850_Jahre_R%C3%B6mische_Vertr%C3%A4ge%29

¹ Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Hertensteiner_Programm

voraus. Wir europäische Föderalisten müssen uns also der Frage stellen, wie viel Vielfalt zuträglich ist für das, was wir bezwecken, das Werden der Vereinigten Staaten von Europa. Wenn die Europäische Union heute Elemente sowohl des Staatenbundes wie auch des Bundesstaates aufweist, dann kommt darin zweifelsohne ihre Besonderheit zum Ausdruck, ihre Einzigartigkeit in der Welt, die Schönheit der in Institutionen und Verträgen manifest gewordenen europäischen Idee, aber auch, zugleich, ihre Unentschiedenheit, Offenheit und Verletzlichkeit. Das Konstrukt des Staatenbundes steht insbesondere für Vielfalt, der Bundesstaat für Einheit. Einheit bedeutet aber eben nicht Einheitlichkeit.

Der Bundesstaat ist per definitionem vielfältig, föderalistisch, nicht zentralistisch. Der Bundesstaat sichert Kohäsion oder zwingt, wenn er überleben soll, zu deren Herstellung. Bundesstaatlichkeit ist immer ein Prozess und darin durchaus der europäischen Wirklichkeit auch heute schon wesensverwandt. Das Bundesverfassungsgericht hat die Europäische Union als Staatenverbund bezeichnet. Damit sollte ihr Hybridcharakter gefasst werden.

Bundesstaatliches Element im europäischen Verfassungsverbund: der Euro

Seit dem Grundrechtskonvent und der Europäischen Verfassung, die schließlich, bereinigt um bundesstaatliche Symbolik, in Gestalt des Vertrags von Lissabon verwirklicht wurde, spricht die Europawissenschaft auch von einem europäischen Verfassungsverbund. Und dieser Verfassungsverbund, eine Werte- und Rechtsgemeinschaft, steht heute unter großer Spannung. Er wird herausgefordert von innen wie von außen.

Die Schockwellen der Weltfinanzkrise trafen auf eine Wirtschafts- und Währungsunion mit Konstruktionsfehlern. Denn dass die Eurozone sich bis dato durch zu viel Vielfalt und zu wenig Einheit auszeichnet, ist ein entscheidendes Moment für die Tiefe der europäischen Krise. Eine Währungsunion mit großer wirtschafts- und fiskalpolitischer Vielfalt wird nicht dauerhaft lebensfähig sein. Der Euro ist ein bundesstaatliches Element in diesem europäischen Verfassungsverbund. Die gemeinsame Währung setzt mehr Einheit, mehr Bundesstaat voraus, auch jenseits der reinen Geldpolitik. Wir müssen ehrlich sein: Der Stabilitätspakt ist – auch in seiner renovierten Gestalt – unzureichend. Die Währungsunion braucht eine echte Wirtschaftsunion. Und die wird ohne mehr europäische Solidarität nicht zu verwirklichen sein. Das muss nun nachgeholt werden, oder der Euro wird scheitern und mit ihm, da gilt das Kanzlerinnenwort, auch Europa.

Es ist an der Zeit, daraus die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Bloßes Abwarten und reaktives Handeln werden nicht ausreichen, den Krisenausgang zu finden. Die Krise hat auch die Legitimation der europäischen Zusammenarbeit in Frage gestellt. Denn bisher gründet diese Legitimation ja zuvorderst auf der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Gemeinschaft. Sie gründet auf einem Wohlstandsversprechen, der europäischen Version des (allerdings weiteren und tieferen) amerikanischen „Pursuit of happiness“, des Strebens nach Glück. Dieser besondere europäische Fokus ist dem Umstand geschuldet, dass die europäische Einigung sich über die Schaffung einer Zollunion und eines gemeinsamen Marktes, des Binnenmarktes und schließlich der unvollendeten Wirtschafts- und Währungsunion vollzog. Andere Wege, die andere Legitimationsgründe erschlossen hätten, wurden nicht oder nur zögerlich beschritten.

Beispiele für solche die Legitimation ausweitenden Momente sind Schengen, die zweite und dritte Säule von Maastricht, die Unionsbürgerschaft, der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – alles europäische Errungenschaften, die mittlerweile von einzelnen Mitgliedstaaten in Frage gestellt werden.

Eine politische Union existiert aber bis heute nicht. Die politische Union, der Souveränitätsverzicht der Mitgliedstaaten vor allem in der äußeren Sicherheit, das stand Anfang der 1950er in der damaligen Sechsergemeinschaft kurz vor der Verwirklichung. Aber dieser Weg wurde eben nicht bis zu seinem Ende beschritten. Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft scheiterte.

Die EU leitet ihre Daseinsberechtigung aus wirtschaftlichen Ergebnissen ab...

Es wurde ein anderer Weg eingeschlagen, und das auch erst, nachdem Großbritannien und insbesondere Frankreich in der Suezkrise 1956 erkennen mussten, keine Großmächte mehr zu sein. Der Weg führte über die Römischen Verträge, die den Schwerpunkt eindeutig auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit legten. Die vier Grundfreiheiten der Europäischen Union – der freie Waren- und Kapitalverkehr, die Dienstleistungsfreiheit und die Arbeitnehmerfreizügigkeit – waren und sind wirtschaftliche Freiheiten. Europa war also lange Zeit, auch nach Maastricht, noch eine Gemeinschaft, die ihre Daseinsberechtigung aus wirtschaftlichen Ergebnissen ableitete.

Seit der Krise kann das Wohlstandsversprechen der bisherigen Europäischen Union in vielen EU-Mitgliedstaaten nicht mehr eingelöst werden. Hinzu kommt zu viel Vielfalt in der wirtschaftlichen Leistungs-

fähigkeit der einzelnen Mitgliedstaaten. Die so genannten makro-ökonomischen Ungleichgewichte – hohe Exportüberschüsse hier und große Bilanzdefizite dort – belasten die Gemeinschaft.

EU-Mitglieder, die einander vor der Krise unabhängig von ihrer Bevölkerungszahl und ihren ökonomischen Kennziffern auf Augenhöhe begegneten, sind in Schuldner und Gläubiger zerfallen. Daraus resultiert eine Vielfalt, die mit der eigentlichen europäischen Idee kaum noch vereinbar ist. Und diese Vielfalt birgt gewaltige Sprengkraft, genauso wie die Rolle, die der so genannten „Zentralmacht Europas“, dem entfesselten Gulliver, nolens volens zugefallen ist. Deutschland ist dieser Rolle nicht gewachsen, und sie widerspricht auch allen bisherigen Grundlagen der europäischen Integration.

Zu diesen inneren Schwierigkeiten kommen äußere Herausforderungen hinzu, und beide bedingen einander. Da sind die zerfallene Ordnung des Nahen Ostens und das Kriegs- und Bürgerkriegschaos, das in Mesopotamien und in weiten Teilen Nordafrikas herrscht und grenzenlosen Terrorismus gebiert. Die europäische Postmoderne trifft auf eine nahöstliche Vormoderne. Da ist Russland, das inzwischen, nach den ersten Jahren seiner post-sowjetischen Ohnmacht, und nicht erst seit gestern neoimperiale Kriege an seiner Peripherie schürt und führt. Tschetschenien und Georgien waren weit weg.

... ihr Wohlstandsversprechen kann sie seit der Krise aber nicht mehr einlösen.

Mit dem Krieg in der Ukraine hat sich die Lage für die Europäische Union fundamental geändert. Die Vielfalt seiner Außenpolitiken, die nach wie vor in erster Linie den Mustern

nationalstaatlicher Souveränitätsausübung folgen, schwächt das vermeintlich geeinte Europa in extrem gefährlicher Weise. Vielfalt und Einheit? Es sind nicht nur die europäische Außenpolitik oder besser die Außenpolitiken der EU-Mitgliedstaaten, die vollkommen überfordert sind mit der russischen Herausforderung.

Subkutan vollziehen sich Prozesse, die unsere europäische Wertegemeinschaft aushöhlen. Die ungarische Regierung pflegt nicht nur enge Kontakte mit Moskau, sondern auch einen neuen, postdemokratischen Stil. Da vermengt sich das nationale Trauma von Trianon, des Pariser Vorortvertrags, der Ungarn nach dem Ersten Weltkrieg zwei Drittel seiner Größe nahm, mit der für postkommunistische Gesellschaften typischen Schwäche der Zivilgesellschaft, aktuellen Krisenerfahrungen (Ungarn durchlitt schon vor Lehman Brothers eine Finanzkrise) und dem gleichzeitigen scharfen Antikommunismus, Antiziganismus und zuweilen auch Antisemitismus einer ultrakonservativen, zunehmend autoritären, nationalistischen Führungselite. Die „illiberale Demokratie“ wird zu einem Alternativmodell für das bisherige Staatsverständnis im vereinten Europa.

Illiberale Demokratie, Autoritarismus, Regionalismus: Europas Einheit ist bedroht.

In Südosteuropa, wo Rechtsstaatlichkeit und Demokratie noch schwach ausgeprägt sind, dafür aber Armut weit verbreitet ist und Europa weder als Idee noch als Realität mehr große Zugkraft entfaltet, findet ein neuer Autoritarismus einen geeigneten Nährboden. Es fehlen europäische Führung, europapolitische Wegweisung und ein überzeugendes Narrativ, eine europäische Meistererzählung. Der Vertrauensverlust mag

sich hierzulande noch in Grenzen halten; außerhalb Deutschlands ist er erschreckend groß. Und das hat Folgen.

Parteien der Mitte werden in Wahlen pulverisiert. In den offenen Raum stoßen mehr oder minder charismatische, jedenfalls immer laute Persönlichkeiten, die sich die Ängste der Menschen zunutze machen und mal mit mehr, mal mit weniger Geschick die Klaviatur der nationalen Heilslehre spielen, dies auch und vor allem in alten Demokratien und europäischen Gründungsstaaten. Das gilt für rechts- wie für linkspopulistische Bewegungen. Ihnen allen ist gemein, dass sie die bisherige europäische Ordnung in Frage stellen. Und das tun nicht nur sie, sondern auch ihr mächtiger Förderer im gar nicht so fernen Kreml.

Wladimir Putin setzt Spaltpilze in Europa, wo er nur kann. Europas Vielfalt wird hier zum Einfallstor einer revisionistischen Macht, die selbst geschwächt ist und gerade deshalb brandgefährlich. Was ist mit der Republik Moldau, und was geschieht, wenn der russische Irredentismus auf das Baltikum übergreift, ohne dass NATO-Gebiet klar und eindeutig durch russische Streitkräfte überfallen wird? Wäre Europa in seiner aktuellen Vielfalt einer solchen Entwicklung gewachsen?

Europas Vielfalt, das ist auch die Stärke seiner Regionen. Das Europa der Regionen galt lange Zeit gerade uns europäischen Föderalisten als ein hohes Gut. Heute müssen wir aber feststellen, dass sich ein neuer Regionalismus entlang ethnischer Identitäten auflädt und damit kaum noch zu unterscheiden ist vom chauvinistischen Nationalismus des letzten Drittels des 19. Jahrhunderts. Eine Zersplitterung alter und älterer europäischer Nationalstaaten in neue, kleinere Nationalstaaten wird den Weg zu einem in Freiheit und Frieden vereinten Europa jedenfalls nicht abkürzen.

Wenn das Panorama so düster ist, woher soll dann die Hoffnung kommen? Jedenfalls nicht von einem romantischen Beschwören von Europas Vielfalt, so als habe die Welt sich nicht fundamental gewandelt. Der Bundesaußenminister hat kürzlich gesagt, die Welt scheine aus den Fugen geraten³. Er hat Recht. Gerade deshalb brauchen wir jetzt Mut für wegweisende europapolitische Entscheidungen. Gerade deshalb braucht Deutschland eine starke Europa-Union und eine starke Europäische Bewegung.

Es ist nicht die Zeit, Menschen durch das Erinnern an vergangene Sommertage für die europäische Idee zu gewinnen. Wir stehen an der Schwelle zu einer neuen Zeit, weil eine neue Weltordnung im Entstehen ist. Es gilt, die bösen Geister des Winters zu vertreiben und für einen neuen europäischen Frühling zu arbeiten.

Die EU braucht eine Krisenausgangsstrategie

Europa muss als globale Wirtschaftsmacht zumindest regional auch eine Stabilität projizierende Macht werden. Sonst wird eine neue Ordnung entstehen, in der all das, was unsere Zugehörigkeit zum Westen ausmacht – Freiheit, Demokratie, Demokratie als Herrschaft auf Zeit, Menschenrechte und Minderheitenschutz, Rechtsstaatlichkeit – eher früher als später zur Disposition stehen.

Was ist zu tun? Wofür müssen wir als älteste und nach wie vor größte deutsche Bürgerinitiative für Europa die Menschen gewinnen? Was sind die konkret zu unternehmenden Schritte, die wir von unseren politischen Verantwortungsträgern erwarten? Europa braucht eine Krisenausgangsstrategie, die den Menschen neue Hoffnung gibt und den

³ Zuletzt am 3. März 2015 in seiner Rede vor dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen, vgl. http://www.auswaertiges-amt.de/sid_FC38C75E5E94F7EC7ACEE8D83286E8C8/DE/Infoervice/Presse/Reden/2015/150303-BM_VN_MRR.html

europäischen Zusammenhalt stärkt. Deutschland kann nicht nur beobachtend an der Seitenlinie stehen und ohne begleitende europäische Maßnahmen in Krisenstaaten Sparmaßnahmen und Strukturreformen einfordern. Als die Finanzkrise Deutschlands Wirtschaft 2009 um 4,5 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts einbrechen ließ, da sicherte die damalige Bundesregierung mit einer dezidiert antizyklischen Politik Millionen Arbeitsplätze.

Europa braucht solche Stabilitäts- und Wachstumsimpulse. Die Schuldenkrise macht eine gemeinsame europäische Antwort erforderlich. Sonst wird die Währungsunion immer wieder unter Druck geraten, Instabilität zur Dauererscheinung. Die vom Rat der Wirtschaftsweisen entwickelte und zum Beispiel auch vom Präsidenten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands Georg Fahrenschon im Jahr 2012 geteilte Idee eines europäischen Altschuldentilgungsfonds sollte wieder aufgegriffen, ernsthaft geprüft und, sofern es nicht eine bessere Alternative gibt, umgesetzt werden.

Die so genannte Transferunion ist ohnedies bereits da. Deshalb sollte sie so gestaltet werden, dass die Probleme gelöst und nicht perpetuiert werden. Denn sonst wird die Europäische Zentralbank weiter in die Bresche springen müssen und die materiellen wie immateriellen Folgekosten weiter ansteigen.

Wir müssen uns endlich ehrlich machen. Die Wirtschafts- und Währungsunion macht nicht nur sanktionsbewehrte gemeinsame Regeln, sie macht auch mehr Solidarität in Europa unumgänglich. Wer das nicht will, der muss sich konsequenterweise gegen den Euro als gemeinsame Währung aussprechen.

Wer behauptet, es gehe nur um präpotent auftretende griechische Populisten, um Griechenland inner- oder außerhalb des Euro, der irrt. Frankreich hat große Probleme,

auch für Italien wird es sehr schwierig. Und ob die gerne beschworenen Erfolge der portugiesischen und spanischen Regierungen ausreichen, dort Regierungswechsel hin zu populistischen Revisionisten zu verhindern, ist äußerst fraglich.

Mehr Solidarität ist unumgänglich

Meines Erachtens muss der Investitionsplan der neuen Europäischen Kommission mit einer beschäftigungsintensiven europäischen Innovationsstrategie verbunden werden, und die EU-Staaten sollten diesen Plan nachhaltiger unterstützen als bis dato geschehen. Es gibt viel Investitions-, viel Nachholbedarf. Das gilt etwa für die Themen Infrastruktur, Netze und Energie. Hier existiert großes Wachstums- und Beschäftigungspotential in allen EU-Mitgliedstaaten. Die Jugendarbeitslosigkeit bedarf einer über die europäische Jugendgarantie hinausgehenden Antwort. Das ist äußerst dringlich, denn es droht eine verlorene Generation, wenn wir sie nicht schon haben. Und deren Frustration wird in der einen oder anderen Weise politische Instabilität nach sich ziehen.

Meine persönliche Meinung lautet: Die Europäische Union braucht eine Fiskalkapazität zur Bekämpfung der Jugend- und Massenarbeitslosigkeit. Auf dem Höhepunkt der Bankenkrise schienen sich mit Ausnahme Londons alle Europäer einig, dass eine Finanztransaktionssteuer eingeführt werden muss. Was ist daraus geworden? Gerade einmal elf EU-Staaten prüfen noch die Einführung einer abgespeckten Mini-transaktionssteuer. Die Einnahmen einer solchen Steuer könnten der EU zweckgebunden für die Fiskalkapazität zufließen, die zuweilen auch als europäische Arbeitslosenversicherung bezeichnet wird. Diese würde anstelle nationaler Versicherungssysteme für die ersten Monate der

Arbeitslosigkeit Lohnersatzleistungen in Höhe der ortsüblichen Beträge erbringen. Der Steuersatz bewegte sich freilich immer noch lediglich im Promillebereich und würde angesichts der gehandelten Volumina doch größere Summen generieren. Mitgliedstaatliche Sozialsysteme könnten so entlastet, Spielraum für mehr nationale Investitionen in Infrastrukturprojekte, Bildung und Forschung gewonnen werden. Zudem würden die Finanzmarktakteure an der Lösung der Probleme beteiligt, die sie selbst maßgeblich mit verursacht haben.

Die Finanztransaktionssteuer hat nicht nur eine steuernde, sondern auch eine steuernde Wirkung. Sie kann so gestaltet werden, dass Kapitalflucht vermieden wird. Wir werden diese und andere, die Wirtschafts- und Währungsunion betreffende, Fragen weiter im Verband diskutieren müssen, ehe wir zu Antworten finden, die mit unserer Überparteilichkeit vereinbar sind.

Als europäische Föderalisten können wir uns aber nicht Gedankenverbote auferlegen und uns sinnvoll erscheinende Lösungen verwerfen, nur weil sie von der einen oder anderen Partei befürwortet oder abgelehnt werden. Wir werden uns diesen drängenden Fragen gemeinsam stellen, in der Europa-Union und in der Union Europäischer Föderalisten.

Europafolklore allein reicht nicht mehr. Sonst können wir demnächst als letzte das Licht ausmachen im dann abrisssreifen gemeinsamen Haus Europa. Wir werden uns in Europa zu neuen Horizonten aufmachen müssen, wenn wir die Union vor dem Zerfall, das gemeinsame Haus Europa vor dem Abriss bewahren wollen. Und das betrachte ich als unsere vornehmste Aufgabe.

Die Europäer müssen Vertrauen zurückgewinnen. Europa braucht dazu Leuchtturmprojekte, die den Weg in eine bessere Zukunft weisen:

Europa braucht eine Rechtsstaatsunion. Kein europäischer Staat darf aus der westlichen Wertegemeinschaft ausscheren. Hierzu bedarf es effektiver Sicherungen und Sanktionen, die wirksam sind und auch Anwendung finden können. Dass Europa sich an den westlichen Werten orientiert, dem Erbe der „atlantischen Revolutionen“ von 1776 und 1789, und dass es diese Werte hochhält und verteidigt, daran darf es in der Gemeinschaft keinen Zweifel geben.

Leuchtturmprojekte statt Europafolklore

Die EU-Mitgliedstaaten sollten sich auf den Weg zu einer Verteidigungsunion machen. Das ist nicht nur ein Gebot der Überschuldung der meisten nationalen Haushalte. Es gibt nicht zu wenige Soldaten in Europa, sie sind nur schlecht organisiert. Unsinnigen Mehrfachstrukturen stehen fehlende Einsatzkapazitäten gegenüber. Die Europäer sind voll auf den militärischen Schutz der USA angewiesen. Sie leisten schon seit vielen Jahren nicht mehr ihren vollen militärischen Beitrag. Sie sind kein guter Partner im überlebenswichtigen atlantischen Bündnis.

Von einer Europäischen Armee im Werden können auch wichtige wirtschaftliche Impulse ausgehen. Einsparungen stehen zielführende Innovationen und neue Haushaltsspielräume gegenüber. Vor allem aber erfordert der aktuelle Kurs der russischen Politik eine glaubwürdige Verteidigungskapazität der Europäer. Und auch der Nahe und Mittlere Osten wird nicht ohne ein Machtprojizierendes Europa zu neuer Stabilität finden können.

Zu den zu verwirklichenden Politiken zählen auch eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik, eine gemeinsame europäische Einwanderungspolitik und eine gemeinsame

europäische Entwicklungsstrategie, hierzu vor allem eine Reform der Agrarmarktordnung sowie eine nicht protektionistische wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern.

Es gibt viele politische Felder, auf denen wir stärker als Einheit denken und handeln müssen. *United in diversity*, „in Vielfalt geeint“. Das ist Romantik. *E pluribus unum*. „Aus vielen eines.“ Das ist das Gebot der Stunde.

Die Europäische Union muss weiterentwickelt werden, wenn sie die momentanen und künftigen Herausforderungen bestehen soll. Vieles geht im Rahmen der Verträge. Manches muss zur Not im Wege der verstärkten Zusammenarbeit geschehen. So viele EU-Staaten als möglich sollten sich auf den Weg machen, ihre Zusammenarbeit so zu vertiefen, dass der damit verbundene theoretische Souveränitätsverzicht neue Handlungsmöglichkeiten eröffnet. Wirklich souverän ist im Zeitalter der Globalisierung ohnedies kein europäischer Staat mehr.

Die Weichen müssen in den nächsten ein, zwei Jahren gestellt werden – sonst, so fürchte ich, werden wir vieles von dem wegbrechen sehen, das uns als überzeugten Europäern lieb und teuer ist. Der zu beschreitende Weg wird nicht ohne Mut zum Risiko zum Ziel führen. Es ist noch nicht zu spät. Europa hat noch eine Chance und die besteht in mehr Einheit. Nur so wird sich auch die gemeinsam erlebte, geteilte europäische Vielfalt in Freiheit und Frieden erhalten lassen.

E pluribus unum. Es ist Zeit für entschiedene Schritte hin zu den Vereinigten Staaten von Europa. Und das ist kein Traum. Das ist die Alternative zu dem Alptraum, der uns bevorsteht, wenn wir scheitern.

Über den Autor

Christian Moos ist ehrenamtlicher Generalsekretär der Europa-Union Deutschland und Mitglied im Vorstand der EBD.

Kontakt: christian.moos@europa-union.de



Beim Zitieren dieses Artikels verweisen Sie bitte auf:
http://www.netzwerk-ebd.de/wp-content/uploads/2015/03/EBD-PUB-EU-in-BRIEF-02_2015.pdf

Impressum

EU-in-BRIEF | Analysen – Positionen – Vorausschau ist ein kostenloses Informationsangebot im PDF-Format der Europäischen Bewegung Deutschland e.V.
ISSN-Nummer: 2191-8252

Zitier-Hinweise: Bisher wurden keine verbindlichen Regeln zur Zitierweise digitaler Publikationen geschaffen. Daher bitten wir, folgende Angaben zu übernehmen, wenn Sie einen unserer Texte zitieren möchten: Autoren des Textes, Titel des Textes, Internetadresse wie angegeben. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

© **Europäische Bewegung Deutschland e.V.**

Sophienstr. 28/29 | D-10178 Berlin
T +49 30 3036201-10 | F -19
info@netzwerk-ebd.de

Herausgeber: Bernd Hüttemann (V.i.S.d.P.)

Mehr Wissen!

Auf der Website der EBD erfahren Sie alles Wesentliche über unsere Organisation und können kostenfrei auf eine Vielzahl von Informationen zu Europa zugreifen: <http://www.netzwerk-ebd.de>

Die Europäische Bewegung Deutschland e.V., gegründet 1949, ist das größte zivilgesellschaftliche Netzwerk für Europa in Deutschland und institutioneller Partner des Auswärtigen Amtes.